



Quelle: Havanna, 15. August 2011

Klage gegen PayPal in der BRD wegen Behinderung des Verkaufs kubanischer Produkte

• Online-Bezahldienst zeigt Extraterritorialität der Blockade

BERLIN, 14. August. — Mindestens zehn deutsche Unternehmer werden den Online-Bezahldienst PayPal anklagen, weil er den Vertrieb von kubanischen Waren in der BRD blockiert.

PayPal, das seit 2006 Tochterunternehmen des US-Konzerns eBay ist, hatte mit dem Argument, der Verkauf kubanischer Produkte könne wegen der US-Blockade gegen die Insel in der BRD nicht zugelassen werden, die Konten mehrerer Unternehmer gesperrt.

Die Händler versuchen, eine einstweilige Verfügung zur Aufhebung der Sperrung mehrerer Konten bei PayPal zu erlangen.

Für den Anwalt Andreas Eberl, der die Unternehmer vor dem Landesgericht München vertritt, ist die Kontensperrung durch PayPal einfach illegal.

„In den Allgemeinen Geschäftsbedingungen von PayPal ist das englische Recht als Vertragsrecht genannt, einen Verweis auf US-amerikanisches Recht gibt es nicht“, sagte der Jurist in einem Interview mit PL.

Selbst wenn es so wäre, hätte die extraterritoriale Blockade der USA gegen das karibische Land keine Gültigkeit für die Geschäftsbeziehungen im Gebiet der Europäischen Union.

Auch das Netzwerk Kuba, eine Allianz von über 40 Solidaritätsgruppen mit Kuba, unterstützt die Beschwerde gegen PayPal Europa mit Sitz in Luxemburg.

In einer Erklärung forderte Netzwerk Kuba die Behörden der Europäischen Union auf, Maßnahmen gegen den Versuch der Auferlegung der umstrittenen Blockade innerhalb der EU zu ergreifen.

Gleichzeitig analysiert die Solidaritätsbewegung die Möglichkeit, eine Boykottkampagne gegen PayPal zu starten, „wenn die Blockade gegen den Vertrieb von Waren aus Kuba beibehalten wird“.